Niederschrift

16-006. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur

am Donnerstag, 19.04.2007, 17:05 Uhr bis 18:45 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes (Neubau) in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

Punkt 1	Planfeststellungsverfahren zum Neubau eines parallel des "Saukopftunnels" verlaufenden Rettungsstollens und begleitenden Baumaßnahmen Vorlage: 16-0478
Punkt 2	Änderung des Gesellschaftsvertrags der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Bergstraße GmbH Vorlage: 16-0425
Punkt 3	Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Haag, Alfons	CDU	

Ausschussmitglieder:

Reinhardt, Randoald	CDU	
Schaab, Barbara	CDU	
Wagner, Andreas	CDU	
Woitge, Peter C.	CDU	
Bauer, Norbert	SPD	zu TOP 1 zeitweise
Dr. Cornelius-Gaus, Hildegard	SPD	
Schäfer, Alice	SPD	
Siegl, Franz	SPD	
Figaj, Thilo	GRÜNE	
Dr. Greif, Martin	FWG	bis zeitweise TOP 2, dann vertreten durch Dr. Ulrich Vonderheid
Dr. Vonderheid, Ulrich	CDU	ab zeitweise TOP 2 auch in Vertretung für Dr. Martin Greif
Dr. Schepp, Rolf	FDP	

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i. V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	REP	

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat

Gäste:

Herr Krämer	Amt für Straßen- und Verkehrswesen Bensheim
Herr Weis	Amt für Straßen- und Verkehrswesen Bensheim
Herr Bartko	Amt für Straßen- und Verkehrswesen Darmstadt
Herr Bung	Planungsbüro BUNG, Heidelberg

Verwaltung:

Rößler, Reiner	Regionalpolitik und Raumordnung
Müller, Wolfgang	Brand- und Katastrophenschutz
Wieland, Thomas	Steuerungsunterstützung und Büro Behördenleitung

Schriftführer:

Fasser, Helmut	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Der Ausschussvorsitzende eröffnete um 17:05 Uhr die 16-006. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Die Tagesordnung wurde einvernehmlich um Punkt 1 (Vorlage 16-0478 – Thema Saukopftunnel) erweitert.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: **Planfeststellungsverfahren zum Neubau eines parallel des "Saukopftunnels" verlaufenden Rettungsstollens und begleitenden Baumaßnahmen**
Vorlage: 16-0478

Der Ausschuss hat von der Vorlage 16-0478 Kenntnis genommen.

Unter Beteiligung der zur Sitzung eingeladenen Fachleute von den Ämtern für Straßen- und Verkehrswesen in Bensheim (die Herren Krämer und Weis) und Darmstadt (Herr Bartko) sowie des Planungsbüros BUNG, Heidelberg, (Herr Bieber) hat der Ausschuss eingehend über das Thema "Neubau eines parallel des 'Saukopftunnels' verlaufenden Rettungsstollens und begleitende Baumaßnahmen" beraten.
Die Behörden- und Planungsbürovertreter gaben anhand von Plänen ausführliche Erläuterungen zum Stollenbau, der Lagerung der Ausbruchmasse, dem Grunderwerbsplan und dem landschaftspflegerischen Begleitplan und beantworteten zahlreiche Fragen aus der Mitte des Ausschusses.
Herr Krämer machte zu Anfang vor dem Hintergrund der aktuellen öffentlichen Diskussionen deutlich, dass man es mit zwei voneinander getrennt zu sehenden Komplexen zu tun habe: Zum einen die sicherheitstechnische Nachrüstung des bestehenden Tunnels entsprechend der aktualisierten Tunnelbaurichtlinien (veranlasst nach den schweren Tunnelunglücken in den Alpen) und zum anderen den Bau eines Rettungsstollens, für den es nun das Baurecht zu erlangen gelte.

Schwerpunkte der Aussprache waren u. a.:

- Stollendimension (Ist ein begehbarer Stollen – 2,25 m x 2,25 m mit Querschlägen in 300 m Abstand - zur Selbstrettung der Tunnelnutzer ausreichend? So jedenfalls die Genehmigungslage des Bundesverkehrsministeriums in Bonn als Baulastträger, u. a. wegen nicht erreichter Verkehrsbewegungsgrenzen, der EU-Bestimmungen und der RABT. Tunnellänge, -breite, -längsneigung und -radien wurden als nicht problematisch und Risiko erhöhend bezeichnet. Bedarf es eines befahrbaren Stollens oder einer zweiten kompletten Tunnelröhre zur evtl. Brandbekämpfung und Menschenrettung, wie mit Hinweisen auf die mögliche künftige Verkehrsentwicklung - zur Zeit sei bereits eine vermehrte, in den Tunnel hineinreichende Stauentwicklung zu beobachten - und die Anforderungen für die Rettungskräfte gefordert (so auch Kreisbrandinspektor Müller)?

- Verkehrsbeeinträchtigungen durch den Stollenbau (Die Beeinträchtigungen wurden, im Gegensatz zur sicherheitstechnischen Nachrüstung mit erforderliche längerer Vollsperrung, als relativ gering mit kurzzeitigen Sperrungen in der Nacht oder an Wochenenden beschrieben)
  Zu den Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit der sicherheitstechnischen Nachrüstung gab der Landrat einen kurzen Sachstandsbericht über die Gespräche mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe. Derzeit sei ein weiteres Gutachten beauftragt, um die Optimierung der Baustelle zu untersuchen. Frühestens zu den Sommerferien werde mit einem Ergebnis gerechnet. Die erwarteten Unterlagen werde er dann unverzüglich an die Gemeinden weiterleiten.

- Überlegungen hinsichtlich Einbau und Nutzen von Sprinkleranlagen anstelle Rettungsstollen (hierzu liegen noch keine Erfahrungen vor - es bedürfte erst noch überregionaler Tests und Risikoabwägungen).

Als risikobehaftet sprach Abgeordnete Schäfer die morgens und abends festzustellenden Rückstaus in den Tunnel an, die auch der Landrat aufgriff und in Relation zu den Tagesrichtwerten der Verkehrbelastung stellte und in ihrer Wirkung als bedeutsam für die Wirtschaft und die Region erachtete. Die Fachleute bezeichneten diese Rückstaus als nicht tunnelrelevant, sondern als Problem der Ausgestaltung von Verkehrsknoten.

Ausdrücklich zu Protokoll genommen wurde deshalb der Antrag von Abgeordneter Schäfer:
"Der Kreisausschuss wird beauftragt, mit den zuständigen Stellen in Baden-Württemberg Kontakt aufzunehmen zwecks Erörterung zusätzlicher Maßnahmen, die den Verkehrsabfluss aus dem Saukopftunnel deutlich verbessern."

Der Landrat bat das Amt für Straßen- und Verkehrswesen Bensheim (Herrn Krämer), mit den zuständigen Stellen in Baden-Württemberg in diesem Sinne Kontakt aufzunehmen.

Abgeordneter Dr. Vonderheid bemängelte die Verfahrensweise der Behandlung des Themas im Ausschuss, die zu keiner Öffentlichkeit geführt habe. Ein Vorhaben von solch öffentlichem Interesse sollte auch öffentlich behandelt werden. Auch den Kreistagsmitgliedern sollte in geeigneter Art und Weise eine breitere Information gegeben werden. Festgehalten wurde vom Vorsitzenden hierzu, dass die Stellungnahme des Kreisausschusses erst nach Versendung der Sitzungseinladung habe erstellt werden können und das Planfeststellungsverfahren für den Rettungsstollen nicht das öffentliche Interesse errege wie die sicherheitstechnischen Nachrüstungen und ihre Begleiterscheinungen.

Punkt 2: **Änderung des Gesellschaftsvertrags der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Bergstraße GmbH**
Vorlage: 16-0425

Der Ausschuss hat erneut über die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Bergstraße GmbH beraten.

Der Landrat informierte über die erfolgten Änderungen des Vertragsentwurfs.

In der Aussprache wurden angesprochen:

- Fragen nach Personalbedarf, Kostenträgerschaft und Wirtschaftsplan der umgewandelten GmbH (Abgeordneter Figaj);

- Fixierung aller Landschaftsteile des Kreises auf den Begriff "Nibelungenland" und Herausnahme des Kreistages aus der Unterstützung und Verantwortung für den Tourismus (Abgeordneter Siegl).

Der Landrat verwies zu beiden Komplexen auf die Auswirkungen von Beteiligungsgesellschaften sowie auf den Grundsatzbeschluss des Kreistages aus dem Jahr 2004 zur Dachmarke "Nibelungenland" und zur Bündelung der vom Kreis für die Tourismusförderung eingesetzten Mittel. Weiter ging er auf die zwischenzeitlich mit zahlreichen der Neuerungen (Einbindung der Gastronomie in die öffentliche Tourismusförderung, Kooperation mit dem Hotel- und Gaststättenverband, gemeinsamer Internetauftritt mit Inhaltspflege durch die Beteiligten selbst) und nicht zuletzt mit der neuen Touristinformation in Lorsch gemachten überaus guten Erfahrungen ein, und zwar für den gesamten Kreis Bergstraße und nicht nur für einen Teilbereich. Das bisherige Handling und Angebot könne im Sinne moderner Dienstleistungen nur als völlig unzulänglich bezeichnet werden. Mit der Umwidmung der WuB sei weder eine personelle Aufstockung noch eine Aufstockung der Mittel vorgesehen. Alle vier Gesellschafter seien mit der GmbH-Neuausrichtung einverstanden, ebenso die in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bergstraße vertretenen Bürgermeister. Die finanzielle Beteiligung des Kreises finde sich im Haushalt, also in Zuständigkeit des Kreistages, wieder. Eine Kontrollmöglichkeit sei durch die jährliche Berichtslegung an den Kreis als Gesellschafter sichergestellt. Ein Wirtschaftsplan könne erst aufgestellt werden, wenn die GmbH mit ihrem neuen Zweck installiert sei.

Abgeordneter Bauer erklärte, bei allen Teilübereinstimmungen, wie z.B. der Tourismusförderung an sich, blieben die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in der Sache bestehen. Wenn es öffentliche Aufgabe sein solle, den Tourismus zu fördern, bleibe die Frage, ob dies in Form einer GmbH richtig sei und sich damit die Kreisgremien zudem noch aller strategischen Einflussmöglichkeiten begeben sollten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Umwandlung der 'Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Bergstraße GmbH' in die 'Tourismusmarketing GmbH, Kreis Bergstraße' in Form des der Vorlage 16-0425 beigefügten Entwurfs des Gesellschaftervertrags, vorbehaltlich der Zustimmung der Gremien der

Stadt Lorsch, des Hotel- und Gaststättenverbandes Bergstraße e.V. und der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH.

Die notwendige notarielle Beurkundung zeitnah durchzuführen und eventuelle weitere Modifikationen, soweit diese nicht wesentlich sind, in den Entwurf aufzunehmen.

Der Kreis Bergstraße stellt für die Jahre 2004, 2005, 2006 und 2007 (bis zur Umwandlung) den Verlustausgleich der ruhenden Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Bergstraße GmbH von cirka 50.000,00 EUR im Nachtragshaushalt 2007 bereit, der genaue Betrag ergibt sich nach der Feststellung der Jahresabschlüsse 2005 und 2006. Durch die Übernahme der Gesellschafteranteile durch die beitretenden Gesellschafter erhält der Kreis Bergstraße Einnahmen. Im Saldo verbleiben hierdurch cirka 25.000,00 EUR, die zu Lasten des Kreishaushaltes gehen."

Abstimmungsergebnis:

7 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 3 Stimmenthaltungen

Punkt 3: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

Auf Frage von Abgeordnetem Figaj gab der Landrat eine kurze Sachstandsschilderung zum Thema "Draisinenbetrieb auf der Weschnitztalbahntrasse" (Finanzierung der Ingenieurkosten für Voruntersuchungen, Förderungsmöglichkeiten aus EU-Programmen, Unterstützungszusage des Landes). Er hoffe, in der ersten Sitzung nach den Sommerferien mit einer Vorlage an den Ausschuss herantreten zu können.

Die Sitzung wurde um 18:45 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:	Schriftführer:
gez. Haag	gez. Fasser